

- durchschnittliche Ausbildungsdauer pro Arbeitskraft 8 Jahre,
- sauberes Trinkwasser für 90% der Bauern,
- Versorgung von 90% der Haushalte mit Elektrizität,
- Ausstattung von über 70% der Dörfer mit Telefonanschluß,
- 90% der Bauern sollen "Fünf Garantien" erhalten (die Versorgung von kinderlosen und alten Personen mit Nahrungsmitteln, Kleidung, medizinischer Versorgung, Wohnraum und die Übernahme der Beerdigungskosten durch das Kollektiv) und
- Kriminalitätsrate von unter 5% pro 10.000 Personen.

Die hier aufgeführten Indizes für den Lebensstandard sollen auf 50,6% der ländlichen Bevölkerung zutreffen. (SWB, 7.8.92, zitiert nach *Zhongguo Tongxun She*, 21.7.92) -schü-

*(43)

Bevölkerung mit Umweltbedingungen unzufrieden

Das Ergebnis einer fünfmonatigen Untersuchung in der Stadt Tianjian zeigt, daß der überwiegenden Teil der befragten Bevölkerung mit den Umweltbedingungen nicht zufrieden ist.

Bei der vom Tianjiner Umweltschutzamt durchgeführten Untersuchung - die die erste dieser Art sein soll - wurden rund 1.000 städtische und ländliche Einwohner nach dem Zufallsprinzip befragt. Über 67,5% der befragten Personen gaben beispielsweise an, daß sie mit der augenblicklichen Umweltsituation unzufrieden seien und 52,8% erwarteten, daß sich die Umweltbedingungen weiter verschlechtern werden.

Auf die Frage nach den Gründen für die Verschlechterung der Umweltbedingungen nannten 25,1% die Überbevölkerung, 14,5% wirtschaftliche und technische Entwicklungen und 11,3% negativ wirkendes Verhalten. Die Hälfte der Befragten sahen in der Kombination dieser drei Faktoren den wesentlichen Grund. (CD, 22.7.92, S. 3)

In diesem Zusammenhang erscheint auch die Klage von 36 Tianjiner Familien erwähnenswert, die derzeit eine Fabrik in ihrer näheren Umgebung wegen Beeinträchtigung der Umwelt verklagen und Entschädigung fordern. Die Familien führen in ihrer gemein-

sam vorgebrachten Klage an, daß ihre Lebensqualität durch Staub, Lärm und Bodenerschütterungen der in der Nähe liegenden Tianjiner Glasfabrik verschlechtert worden sei. (CD, 22.7.92)

Ein weiteres Beispiel für die Inanspruchnahme rechtlicher Bestimmungen für den Umweltschutz ist der Fall eines Bauern im Außenbezirk der Stadt Guiyang. Dieser hatte eine Klage gegen eine Baustofffabrik und eine Schule wegen der Ableitung verschmutzten Wassers vorgebracht. Der Bauer verlangte und erhielt eine Entschädigung für das durch die Wasserverschmutzung ausgelöste Sterben seiner Fische. (XNA, 17.7.92)

Qu Geping, Direktor des Staatlichen Umweltschutzamtes wies in einem Bericht Ende Juni 1992 darauf hin, daß die Umweltsituation in den Städten durch starke Luft- und Wasserverschmutzung charakterisiert sei. Weiterhin liege die Lärmbelastigung in den Städten im allgemeinen über dem rechtlich vorgegebenen Niveau; auch der Umfang an Festmüll steige ständig. Die Verschlechterung der Umweltbedingungen habe zur Bodenerosion, Rückgang der nutzbaren Flächen, zur Verschlechterung des Weidelandes, Ausdehnung der Wüsten, zum Rückgang der Artenvielfalt und zur Wasserknappheit beigetragen. (SWB, 1.7.92)

Zur Verbesserung der Umweltsituation sollen auch die Ende Juni erlassenen Bestimmungen über städtische Begrünung beitragen. Die zum 1.8.92 in Kraft tretenden Bestimmungen untersagen u.a. das ungenehmigte Bäumefällen und die Zerstörung von Pflanzen etc. (Bestimmungen zur städtischen Begrünung, SWB, 4.7.92) -schü-

Taiwan

*(44)

Bestimmungen über die Beziehungen zum chinesischen Festland

Der Gesetzgebungsyuan (Parlament) hat am 16.Juli ein Gesetz unter dem Titel "Bestimmungen über die Beziehungen zwischen den Menschen der Region Taiwan und der Region des

Festlands" (Taiwan-diqu yu dalu-diqu renmin-guanxi tiaoli, engl. Übersetzung: "Statutes Governing Relations Between People in the Taiwan Region and People in the Mainland Region") verabschiedet. Das Gesetz mit insgesamt 96 Artikeln sieht die prinzipiellen Regelungen für Reisen, Handel, Kulturaustausch sowie Fragen der Eheschließungen, Familienzusammenführung, Erbschaft, Urkundenanerkennung usw. vor. Vom Gesetzentwurf bis zur Verabschiedung dauerte es über vier Jahre. In dieser Zeit haben sich allerdings solche Beziehungen auch ohne Gesetz weiterentwickelt. Außer der Bestätigung der schon bestehenden Praxis hat das Gesetz nicht viel Neues gebracht.

Bislang hatte Taipei formell nur "inoffizielle" und "indirekte" Kontakte zum chinesischen Festland per Anordnungen erlaubt oder einfach geduldet. Reisen und Handel zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße z.B. konnten nur über Hongkong oder einen anderen Drittort stattfinden. Das neue Gesetz autorisiert die Regierung zwar, u.a. direkte Luft- und Seeverkehrsverbindungen mit dem chinesischen Festland aufzunehmen, aber Taipei verlangt von Beijing weiterhin als Vorbedingung, Taiwan als ein gleichberechtigtes politisches Gebilde anzuerkennen und auf Waffenanwendung gegenüber Taiwan zu verzichten. Dies wird jedoch von Beijing wiederum kategorisch abgelehnt.

Ferner wurden die Kontrollen über die illegalen Aktivitäten im Verkehr mit dem Festland verschärft. Ohne Genehmigung von zuständigen Behörden werden Investitionen auf sowie Handel und technische Zusammenarbeit mit dem chinesischen Festland mit 3 Mio. NT\$ (= 120.968 US\$) bestraft. Mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder Geldbußen von 1 bis 15 Mio. NT\$ (= 40.323 bis 604.839 US\$) sind für direkten Schiffs- und Luftverkehr nach dem Festland ohne Genehmigung der zuständigen Stelle vorgesehen; das gleiche gilt für taiwanesischen Geld- und Versicherungsinstitute im Geschäftsverkehr mit einem Partner von drüben. (Zum Text wichtiger Artikel des Gesetzes in Chinesisch und Englisch siehe Dokument in diesem Heft.)

Das Gesetz ist auf starke Kritik Beijings gestoßen. Li Qingzhou, Sprecher der Büros für taiwanesischen Angele-

genheiten sowohl im ZK der KPCh als auch unter dem Staatsrat, verneinte die Legitimität des Gesetzes und warf Taiwan vor, gegen das Prinzip eines chinesischen Staates durch solche Formulierung wie "ein Staat, zwei Regionen" oder "ein Staat, zwei Regierungen" zu verstoßen. (XNA, 21.7.92, nach SWB, 31.7.92) -ni-

*(45)

Ausfuhrerexpansion gebremst

Taiwans Exporte verzeichneten im Juni 1992 erstmals seit 13 Monaten einen Rückgang. Nach Angaben des Finanzministeriums wurden Güter im Gesamtwert von 6,86 Mrd.US\$ ausgeführt; dies waren 0,5% weniger als im gleichen Vorjahresmonat.

Demgegenüber stiegen die Einfuhren im Juni deutlich um 22,2% auf 6,33 Mrd.US\$. Ursächlich hierfür ist vor allem der Kauf zweier Flugzeuge durch Eva Airways. Der Ausfuhrüberschuß von 530 Mio.US\$ lag um 68,9% niedriger als vor einem Jahr.

In den ersten sechs Monaten 1992 erreichten die Exporte ein Volumen von 39,94 Mrd.US\$. Sie verzeichneten damit gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres ein Plus von 10,5%. Der Wert der taiwanesischen Einfuhren betrug 34,68 Mrd.US\$. Dies waren 12,6% mehr als zwischen Januar und Juni 1991. Aufgrund dieser Entwicklung verringerte sich Taiwans Ausfuhrüberschuß um 1,5% auf 5,26 Mrd.US\$. (NfA, 22.7.92) Jedoch lag dies nur hinter Japans mit 40 Mrd.US\$ und vor dem der Bundesrepublik Deutschland mit 5 Mrd.US\$ weltweit an der zweiten Stelle. (FCJ, 24.7.92)

Nach Angaben der taiwanesischen Euro-Asia Trade Organization (EATO) erreichten die taiwanesischen Europa-Ausfuhren im 1.Halbjahr 1992 eine Höhe von 7.202,6 Mio.US\$. Verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres war dies ein Rückgang von 1%. Gleichzeitig stiegen die Einfuhren um 18,2% auf 5.989,9 Mio.US\$. Innerhalb Europas wickelte Taiwan 82,9% seines Handels mit der Europäischen Gemeinschaft ab. Die Exporte dorthin gingen um 0,9% auf 6.375,8 Mio.US\$ zurück. Die Importe erhöhten sich um 16,7% auf 4.555,5 Mio.US\$.

Wichtigster Wirtschaftspartner Taiwans in Europa blieb die Bundesrepublik Deutschland. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich zwischen Januar und Juni 1992 auf 3.779,4 (3.576,1) Mio.US\$. Dabei standen Ausfuhren von 1.873,6 Mio.US\$ (-8,6% verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) Einfuhren in Höhe von 1.905,8 Mio.US\$ gegenüber. Deutschland gehörte damit u.a. zusammen mit Japan und Korea (Rep.) zu den wenigen Ländern, mit denen Taiwans Handel im 1.Halbjahr 1992 defizitär ausfiel.

Als Reaktion auf die Gründung des Binnenmarktes wird Taiwan vor allem seine Bemühungen um den Aufbau von Standorten in Europa verstärken. In diesem Zusammenhang haben vier taiwanesischen Banken (Taiwan Cooperative Bank, Bank of Taiwan, Land Bank of Taiwan und Medium Business Bank of Taiwan) beschlossen, unter dem Namen "Taiwan United Bank" (Taiwan Lianhe Yinhang) Ende Oktober oder Anfang November 1992 in Brüssel eine Filiale als Basis für eine Ausweitung der Europa-Aktivitäten zu gründen.

Das Kapital der Bank soll sich auf 20 Mio.US\$ belaufen und von den vier Banken anteilig eingebracht werden. Belgien hat taiwanesischen Presseberichten zufolge sein prinzipielles Einverständnis erklärt, verlangt aber als zusätzliche Sicherung noch eine garantierte Rücklage in Höhe von 10 Mio.US\$. Die Taiwan United Bank dürfte sich in erster Linie um die taiwanesischen Unternehmen in Europa kümmern.

Taiwan verspricht sich für die Zukunft von Europa vor allem Hilfe bei der Weiterentwicklung seiner Industriestruktur u.a. durch den Import von modernen Ausrüstungen und Technologien. Einer der zukünftigen Schwerpunkte Taiwans besteht vor diesem Hintergrund darin, die möglichen Gebiete für einen Technologietransfer sorgfältig zu erkunden und europäische Unternehmen zu einer Kooperation zu veranlassen, heißt es in einem Entwurf des Wirtschaftsministeriums zu einer Kooperationsstrategie mit Europa. Hierbei können Großvorhaben wie der Nationale Sechsjahresplan, aber auch die Bemühungen um eine Verbesserung des legalen Rahmens in Taiwan sehr hilfreich sein. (NfA, 31.7.92) -ni-

*(46)

Erstes "Grünbuch" für Umweltschutz

Die Regierung will von Juli 1992 bis Dezember 1996 rd. 82,2 Mrd. Neue Taiwan-Dollar (NT\$; rd. 5,1 Mrd.DM; 1 NT\$ = 0,062 DM) für Zwecke des Umweltschutzes ausgeben. Dies geht aus dem ersten "Grünbuch" des Landes hervor, welches die Environmental Protection Administration (EPA) des Exekutiv-Yuan (Kabinetts) jetzt veröffentlicht hat.

Das "Grünbuch" benennt insgesamt 19 Schwerpunktsektoren, auf die sich die vorgesehenen Mittel verteilen. Die bei weitem meisten Gelder sind mit 63,4 Mrd.NT\$ für die Müllentsorgung eingeplant. Es folgen die Bereiche Verbesserung der Wasserqualität (6,5 Mrd.NT\$), Aufbau eines allgemeinen Meß- und Kontrollsystems für Umweltqualität (2,5 Mrd.NT\$), Verbesserung der Umwelthygiene (2,3 Mrd.NT\$), Verbesserung der Luftqualität (1,3 Mrd.NT\$) sowie Lärmkontrolle (1 Mrd.NT\$). Die Aufwendungen für die anderen Sektoren, darunter z.B. Behandlung von giftigen Chemikalien und Ausbildung von Umweltsachleuten, liegen jeweils unter 1 Mrd.NT\$.

Die wichtigsten umweltpolitischen Ziele, die 1996 erreicht sein sollen, sind dem "Grünbuch" zufolge im Hausmüllbereich die Senkung der jährlichen Abfall-Zuwachsraten von gegenwärtig 6% auf 5% und ein Verbrennungsanteil von mehr als 50%. Innerhalb der Wasserbehandlung steht die Reinigung der stark verschmutzten Flußunterläufe an erster Stelle. Anvisiert wird ein Rückgang der Länge dieser belasteten Abschnitte von 297 km auf 224 km. Für die Luftreinigung gilt als Planziel, die Zahl der Tage, an denen der Pollution Standard Index (PSI) über den Grenzwert von 100 hinausgeht, von 16% auf 6% pro Jahr zu verringern. (NfA, 17.7.92) -ni-

Hongkong

*(47)

Amtsantritt des neuen Gouverneurs von Hongkong

Am 9.Juli wurde Christopher Patten als 28.Gouverneur der britischen Kolonie Hongkong vereidigt. Wie berich-